



Kompromisse, die nichts Gutes verheißen

Von Heinz-J. Bontrup | 5.10.2021

Auch mit einer Ampel-Koalition wird es zu keinen fundamentalen Veränderungen hin zu einer sozial-ökologischen Transformation kommen.

Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag ist gelaufen. Hier ist zunächst einmal festzustellen: Nur 76,6 Prozent der 60,4 Millionen Wahlberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt. Das heißt, gut 14 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben sich der Wahl verweigert. Das relativiert das Wahlergebnis und die Stimmanteile der Parteien um fast ein Fünftel.

Demnach kam beispielsweise die SPD mit den meisten Zweistimmen von 25,7 Prozent, bezogen auf alle Wahlberechtigten, lediglich auf 19,7 Prozent. Nur jeder Fünfte hat demnach wirklich die SPD und damit auch den möglichen SPD-Kanzler Olaf Scholz gewählt.

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) „sind dabei Nichtwähler durchaus politisch interessiert und informiert, sie beobachten das politische Geschehen sowie die Wahlkampfaktivitäten der Parteien.“ Die Hauptmotive der Nichtwähler, sich nicht (mehr) an Wahlen zu beteiligen, so die FES weiter, seien hoch politisch: Unmut über Politiker sowie Unzufriedenheit mit den Programmen der Parteien.

Als Gründe für die Wahlabstinenz werden am häufigsten genannt (Mehrangaben waren möglich):

- 34 Prozent: Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute
- 31 Prozent: Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere
- 24 Prozent: Ich bin mit dem ganzen politischen System so unzufrieden, dass ich nicht zur Wahl gehe
- 21 Prozent: Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander
- 20 Prozent: Es lohnt sich nicht zur Wahl zu gehen, weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann
- 18 Prozent: Keine Partei vertritt meine Interessen

Über diese Gründe sollten die gewählten 735 Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages jeden Tag vertieft nachdenken. Das noch größere Manko ist, dass mit dem Wahlergebnis keine Aussicht darauf besteht, dass die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden, vor allen Dingen für die breite Masse des Volkes nicht – von den gesellschaftlich Prekarisierten und Externalisierten ganz zu schweigen.

Hier nur ein paar Fakten: In Deutschland grassiert seit 45 Jahren Arbeitslosigkeit, als ein „Gewaltakt gegen Menschen“ (Oskar Negt). Rund 8 Millionen, die noch Arbeit haben, müssen sich in einem Niedriglohnsektor verkaufen (hier liegt der Bruttostundensatz unter 11 Euro) und fast 16 Prozent der Bevölkerung ist verarmt. Bei den Kindern sind es sogar 20 Prozent und die Altersarmut nimmt erschreckend zu. Dem stehen immer mehr Reichtum für nur wenige und eine hohe Kapital- und Machtkonzentration im Unternehmenssektor gegenüber.

Wenn es richtig ist, „dass das Sein das Bewußtsein bestimmt“ (Karl Marx), müssten vor diesem ökonomischen Hintergrund die Wahlergebnisse eigentlich deutlich für die Links-Partei ausfallen. Aber nur 5 Prozent der Arbeiter haben die Links-Partei gewählt, die von allen Parteien am meisten auf die Pervertierungen im Kapitalismus aufmerksam macht. Bei den Arbeitslosen waren es immerhin 11

Prozent. Das einmal viel beschworene „Arbeiterbewusstsein“ scheint verloren gegangen zu sein.

Der Kapitalismus hat es selbst hier vermocht, den Arbeitern ihr Bewusstsein zu nehmen. Das System ist geschmeidig, es passt sich immer wieder, auch politisch, hochflexibel den Verhältnissen an und suggeriert selbst den Ausgebeuteten, dass sie nicht ausgebeutet werden und Klassenkampf in die „Mottenkiste“ der Geschichte gehöre. Auch die Koalition der Arbeiter, die Gewerkschaften, haben sich davon anstecken lassen.

Wie ist es in einer aufgeklärten Gesellschaft noch möglich, dass die vom System ausgebeuteten, die jeden Tag den Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und den Mehrwert (Zins, Grundrente und Profit) zu produzieren haben, sich nur mit einem wie auch immer hohen Lohn zufriedengeben und sich so mystifizieren lassen. Sie sollten eigentlich wissen, dass sie damit systemische „Habenichtse“ (Oswald von Nell Breuning) bleiben und damit die Kapitalisten reicher und reicher machen.

In seiner herausragenden Marx Biographie schreibt Jürgen Neffe: „Dreieinhalb Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung sagt etwa Platon: ‚In einem Gemeinwesen, in dem Reichtum und Armut fremd sind, wird auch die beste Gesittung zu finden sein.‘ 1516 schreibt Thomas Morus: ‚Überall dort, wo es Privateigentum gibt und als Maßstab für alles nur das Geld gilt, gibt es keine Gerechtigkeit.‘ Rund zweihundertfünfzig Jahre danach verkündet Rousseau: ‚Kein Staatsbürger darf so reich sein, um sich einen anderen kaufen zu können, und keiner so arm, um sich verkaufen zu müssen.‘ Wenige Jahre nach der Französischen Revolution stellt François N. Babeuf fest: ‚In einer wahrhaften Gesellschaft darf es weder Reiche noch Arme geben. Ungleichheit und Unterdrückung sind gleichbedeutend. Unglück und Sklaverei kommen von der Ungleichheit und diese vom Eigentum. Das Eigentum ist also die schlimmste Geißel der Gesellschaft.‘“

Gibt es aber heute deshalb Kritik am Eigentum und seiner völlig ungleichen Verteilung? Ja, die gibt es durchaus. Aber diese Kritik verfängt bei den gewählten Volksvertretern nicht. Sie trauen sich nicht einmal, die Ausbeutung von Menschen durch Menschen anzuprangern und auf die politische Agenda zu setzen. Die Volksvertreter sollten Adam Smith studieren, der die menschliche Arbeit zum Wesen allen Reichtums erklärt hat, genauso wie es danach alle klassischen Nationalökonomien bis Karl Marx gemacht haben.

Politiker von heute kennen, wenn überhaupt, nur noch die neoklassische Irrlehre, wonach auch „tote Arbeit“ (Karl Marx) in Form von Kapital, ohne menschliches Zutun, einen eigenen Wert erzeugt und leiten daraus eine Bezahlung für Kapitalisten ab. Zudem überfordert die heutige globalisierte Ökonomie die Politik. Zum individuellen Machterhalt erfolgt eine Flucht in eine wie auch immer definierte imaginäre politische „Mitte“ der Gesellschaft, was sich übrigens deckt mit der Aufgabe der „Ränder“. In der „Mitte“ würden die Wahlen gewonnen oder sie gingen verloren.

Einher geht damit eine nur noch populistische und nicht aufklärerische Politik, die die wirtschaftliche Realität und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Verhältnisse offenlegt. Politik verkommt so zur Unkenntlichkeit, die einzelnen Parteien verlieren ihre Konturen, ihre „Ecken und Kanten“. Man spricht von einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU oder von einer „neoliberal mutierten“ SPD. Und selbst die Linkspartei traut sich nicht, die Forderung nach einer Abschaffung des Kapitalismus zu stellen, obwohl es ihre Intention ist. Da ist dann in der Programmatik die FDP mit ihrer Marktradikalität noch am authentischsten.

Egal welche Dreier-Koalition jetzt auch in den Hinterzimmern der Demokratie mit viel medialem Getöse in den nächsten Wochen verhandelt wird, das kapitalistische Wirtschaftssystem und die sich daraus ergebenden ökonomischen Zwänge werden nicht im Geringsten thematisiert werden. Sie stehen nicht auf der Agenda. Der den Menschen und die Natur ausbeutende antagonistische Kapitalismus stand ja auch nicht zur Abwahl.

Aber warum eigentlich nicht? In Umfragen lehnt immer wieder eine große Mehrheit der Bevölkerung das kapitalistische System als zutiefst ungerecht und ausbeuterisch ab. Zur Abwahl stand dennoch nur eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD, die jetzt durch eine Dreier-Koalition ersetzt werden muss. Hier von einer „historischen Dimension“ unter weiterbestehenden kapitalistischen Verhältnissen zu reden, wie es Albrecht von Lucke von den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ schreibt, ist lächerlich. Zumal in einer vom Kapital beherrschten Wirtschaftsordnung ohne die Kapitaleigner am Ende die Rechnung politisch nicht gemacht werden kann, um es einmal freundlich zu formulieren.

Kommt es zu einer Ampel-Koalition aus SPD, Grüne und FDP, und so sieht es derzeit aus, dann ist dies allenfalls nur das kleinste politische Übel, aber auch „das kleinste Übel ist ein Übel“, sagt zu Recht Stephan Hebel von der Frankfurter Rundschau. Was soll sich auch mit einer Ampel-Koalition im Land großartig

verändern? Alle drei Parteien haben eine mehr oder weniger tiefe neoliberale Vergangenheit. Hier ist besonders an die rot-grüne Koalition und der von ihr ab 2003 initiierten Agenda 2010 zu erinnern, die Deutschland zu einer „zerrissenen Republik“ (Christoph Butterwegge) gemacht hat. Und die FDP stand schon immer für einen radikalen Kapitalismus.

Die zur Wahl zum 20. Deutschen Bundestag von den drei Parteien vorgelegten Programme werden in Kompromissen enden, die nichts Gutes verheißen. Nach jeder Wahl sind Wahlprogramme nur noch Makulatur. Man hätte die vor der Wahl aufgestellten Partei-Programme in der Koalition eben nicht umsetzen können. Jedenfalls wird es mit einer Ampel-Koalition zu keinen notwendigen fundamentalen Veränderungen in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation kommen – selbst wenn man einmal unterstellt, dass dies unter kapitalistischen Verhältnissen überhaupt geht.

Hier berufen sich dann viele „Linke“ bis heute auf den herausragenden Ökonomen John Maynard Keynes, der den widersprüchlichen Kapitalismus nicht abschaffen, sondern ihn für die Kapitalisten nur retten wollte. Keynes erkannte zwar die systemisch inhärente und widersprüchliche „einzelwirtschaftliche Rationalitätsfalle“ im Kapitalismus, die er aber über staatliche Interventionen politisch für beherrsch- weil und steuerbar hielt. So wollte er in der Krise die ausfallenden privaten Investitionen antizyklisch durch staatliche Investitionen ersetzen. Finanziert durch Staatsverschuldung.

Keynes dachte dabei aber nicht an eine „Sozialisierung der Investitionen“, an eine Aufhebung des kapitalistischen „Investitionsmonopols“ (Erich Preiser), durch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Nein, Keynes wollte nicht einmal die Vermögenden über höhere Steuern in der Krise zur Kasse bitten, um damit die notwendigen staatlichen Investitionen zu finanzieren. Dies wollen die Keynesianer heute auch nicht – die nur einer Staatsverschuldung das Wort reden, um damit Steuererhöhungen für Vermögende aus dem Wege zu gehen.

Was die Staatsverschuldung betrifft, soll die „Schuldenbremse“ nicht einmal abgeschafft, sondern nur ein wenig modifiziert werden, um so zumindest Umweltschutzinvestitionen finanzieren zu können. Aber selbst dies wird in einer Ampel-Koalition nicht möglich sein – geschweige denn Steuererhöhungen. Staatsverschuldung und Steuererhöhungen macht auch das Kapital nicht mit. Genauso wenig eine massive Umverteilung zu den Arbeitseinkommen. Hier wird

man sich nicht einmal auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro, der immer noch ein Armutslohn ist, verständigen können.

Eine sozial-ökologische Transformation verlangt dagegen unter kapitalistischen Verhältnissen zumindest nach einem links-keynesianischen Umverteilungsklassensystem mit massiven Belastungen der Einkommen und Vermögen der Privilegierten – und dies sind nicht nur die Superreichen. Unter einer Ampel wird es aber einen Links-Keynesianismus nicht geben. Das würde selbst die SPD bei einer absoluten Mehrheit nicht wollen und umsetzen.

Bei der Primärverteilung müssen die abhängig Beschäftigten einen verteilungsneutralen Lohn erhalten. Hier sind die Gewerkschaften gefordert. Und bei der Sekundärverteilung muss es zu einer höheren Besteuerung der hohen Einkommen und der Wiedereinführung einer Vermögensteuer sowie wegen der Pandemie zu einer einmaligen Vermögensabgabe und zu wesentlich erhöhten Erbschaftssteuersätzen kommen. Nicht zuletzt ist hier endlich eine wirkliche Bekämpfung von Steuerkriminalität von Nöten.

Aber selbst bei einer Umsetzung dieser Maßnahmen wäre es nur eine Frage der Zeit, bis die alten Verteilungsverhältnisse wiederhergestellt wären, denn an der grundsätzlichen Logik des kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitsystems hätte sich noch nichts verändert. Nach wie vor würden die abhängig Beschäftigten in den Unternehmen nichts zu sagen haben und müssten weiter für die Kapitalisten einen Mehrwert produzieren und erhielten nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit, weil ihnen die Produktionsmittel nicht gehören. Das ganze hochkonzentrierte und vermachtete Wirtschaftssystem wäre weiter einzig auf Profit, genauer, auf die maximale Realisierung der Profitrate ausgerichtet.

Es gibt im Kapitalismus keine für alle zufriedenstellende Lösung für die mittlerweile aufgestauten und vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme, die auch noch zu allem Überfluss hochgradig interdependent verknüpft sind. Politik kann in diesem System allenfalls Symptome in ihrer Wirkung lindern und selbst das schafft die herrschende Politik jetzt schon seit Jahrzehnten nicht. Nicht einmal die Beseitigung von Hartz-IV und das damit verbundene Elend.

Die Ursache der Probleme, das System selbst, wird nicht infrage gestellt. Kausales Denken wird negiert. Wir können es uns aber, nicht nur in Anbetracht der Klimakrise, nicht weiter erlauben, die Systemfrage außen vor zu lassen. Wir müssen diese existenzielle Frage endlich auf die gesellschaftliche Agenda

setzen. Heißt: Wir brauchen endlich eine Wirtschaftsdemokratie, die den entscheidenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in der Ökonomie beseitigt. Ohne dem ist alles andere nicht zu haben.